

Ein kritischer Tag im Abgeordnetenhaus.

Mit ruhigem Verlaufe.

Wien, 30. Mai.

Ein Tag der Glorie für das Abgeordnetenhaus hätte es werden müssen. Ein Fest des Sieges über den Paragraphen Bierzehn, der Gesetzgebung über die Verordnung hätte es sein können. Verantwortliche Minister sitzen auf der Regierungsbank, das Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung ist wieder lebendig und das Wort wenigstens an dieser Stelle frei. Einzelne Parteien des Abgeordnetenhauses zeigten jedoch für das große Ereignis der Wiederauferstehung aus der Gruft des Paragraphen Bierzehn nur geringe Empfänglichkeit. Sie rüttelten mit Fäusten an der Verfassung, wollten durch Beschlüsse geschichtliche Ordnungen in der Monarchie umstoßen, dort ein Stück wegnehmen und da wieder einsetzen und Staaten zusammenschließen im Rahmen eines ganz fremdartigen Oesterreich. Die Erklärung, die der Czechische Verband in der heutigen Sitzung abgegeben hat, greift über die Fundamentalartikel von Miegier und Palacky hinaus, worin der Ausgleich mit Ungarn anerkannt wurde, während in der neuesten Kundgebung so ziemlich alles umgestoßen wird, was besteht, die Verfassung des Reiches, der Länder, der gesamten Monarchie und sogar die Verteilung des Landesbesitzes. Die Beweggründe solcher Uebertreibungen sind dunkel. Das Parlament ist nicht einberufen worden, um neue Staaten zu gründen, Oesterreich umzustülpen und die Monarchie in verworrene Pläne einzuspinnen. Der Reichsrat soll für die Bedürfnisse des Volkes arbeiten, für die Armee sorgen, für den Schutz der Grenzen; er soll mit Besonnenheit und Ernst die Politik unterstützen, die den Frieden will. Zu schielenden, vielfacher Deutung zugänglichen staatsrechtlichen Erklärungen ist er nicht versammelt worden, sondern zur Mitwirkung an den Gesetzen der unmittelbaren Notwendigkeit und der gesellschaftlichen Fürsorge. Wer nur mit einiger Aufmerksamkeit rings um sich blickt und die Stimmungen in sich aufnimmt, kann den Gedankengang nicht begreifen, der so weit von den Wirklichkeiten entfernt ist, von den Sorgen der Armut, von der wirtschaftlichen Auszehrung des Mittelstandes und auch von dem Worte, das auf allen Lippen schwebt.

Wenn das Abgeordnetenhaus bei solchen Anlässen nicht den Gleichmut verliert, die Leidenschaften sich nicht entzünden und die vorgeschriebene Tagesordnung am Beginne eines Sessionsabschnittes geräuschlos erledigt werden kann, darf vom ruhigen Verlaufe eines kritischen Tages gesprochen werden. Die Frage ist jedoch nicht beantwortet, was die Verfasser sowie die Unterzeichner der staatsrechtlichen Erklärung gewollt haben. Ein Abgeordneter hat sie verlesen, dessen Name an das Unglück des Parlamentes vor drei Jahren erinnert. Er hat damals dem Parlament als Führer der Obstruktion einen Stoß gegeben, daß es zusammenbrach. Der Reichsrat kehrt zurück und schon am ersten Tage teilt derselbe Abgeordnete eine staatsrechtliche Erklärung mit, von der er wissen mußte, daß sie das Haus von der Pflicht ablenken könne, der es sich widmen soll, von der Pflicht, zu schaffen und zu arbeiten. Die Erklärung, die sich darauf beruft, daß jetzt ein Zeitalter der Demokratie sei, ist eine der häufigen Ueberschreitungen der Grenze, wo Demokratie in Demagogie übergeht. Wenn die Deutschen heute sich mit einer ruhigen und würdigen Gegenerklärung begnügten, wenn sie die Rechnung nicht vorlegten und nur daran erinnerten, wer in Böhmen bedrückt sei, wer dort schon so lange vergeblich nach Gerechtigkeit rufe, so ist das ein Beweis, daß der Arbeitswille vorhanden ist und der Lebenstrieb erstarrt. Die Abgeordneten wollen den Reichsrat gewiß erhalten, Zufälligkeiten der Nerven können jedoch gefährlich werden. Aber die Kundgebungen auf

der rechten Seite des Hauses waren keine Zufälligkeiten. Ein Trommelfeuer von Erklärungen der Czechen, Polen und des südslawischen Klubs wurde veranstaltet. Wenn heute nichts geschehen ist und ein heftiger Zusammenstoß der Parteien vermieden wurde, so ist das Haus über einen kritischen Tag hinweggekommen.

Der Ministerpräsident Graf Lam-Martinić wird nach der Thronrede auf die Erklärungen antworten. Das ist natürlich. Der Staatsmann, der die öffentlichen Geschäfte von Oesterreich unter schwereren Pflichten, als jemals vorher ein Ministerpräsident haben konnte, führt, hat gewiß das Bedürfnis, den Parteien die Grenzen zu bestimmen, über die sie nicht hinaus kommen, ohne den Staat in Mitleidenschaft zu ziehen. Das wahre Grundgesetz dieses Reiches ist, daß jeder Volksstamm den Grad von Mäßigung und Selbstverleugung haben muß, der für die Einheit und für den Bestand des ganzen Staates unentbehrlich ist. Kein einziges Volk, das Oesterreich bewohnt, kann ein nationales Volleben haben, keines wird in der Politik ohne Staatsgefühl auskommen, ohne die Bereitwilligkeit, durch den inneren Frieden den äußeren zu erringen und zu sichern. Aber selbst von der Rücksicht auf den Herzenswunsch von Millionen war in den heutigen Kundgebungen nichts zu merken. Die Friedenspolitik wird nicht unterstützt, wenn gewisse Schlagworte, erdronnen von Menschen, die niemals eine freundliche Gesinnung für die Monarchie hatten, in Kundgebungen von Parteien des Abgeordnetenhauses verbreitet werden. Wer sich die Mühe nimmt, die verschiedenen Erklärungen dieser Parteien des Abgeordnetenhauses genauer zu prüfen und dann ein bißchen nachzuzählen, wie viele Streitigkeiten, Krisen und sogar Kriege bei der Ausführung nötig wären, wird ein ganzes Bündel zusammenbringen. Soll die in der Monarchie und darüber hinaus so lebhaft gebilligte Friedenspolitik im Abgeordnetenhaus, wo das Volk durch seine Vertreter zu sprechen hat und wo für die Leiden des Krieges das genaueste Verständnis sein müßte, in den Kundgebungen der Parteien geschädigt werden? Das würde den Reichsrat bloßstellen und das können wir nicht glauben.

Deshalb ist es so wichtig, festzustellen, daß Vorfälle, die früher die Empfindlichkeit bis zum Losbruche gereizt hätten, heute auf der linken Seite gelassen aufgenommen worden sind. Wir möchten das Haus nicht nach staatsrechtlichen Erklärungen, nach solchen Rauchopfern für radikalere Wählerstimmungen, beurteilen. Wie leicht hätte bei der Wahl des Präsidenten sich eine Krise entwickeln können. Die Polen haben ihn nicht verziehen, daß er die Sonderstellung von Galizien mit der Absicht gewünscht hatte, sie aus dem Reichsrat zu entfernen. Der Gegensatz zu den Czechen war selbstverständlich. Diese Parteien begnügten sich mit der Abgabe von weißen, unbeschriebenen Stimmzetteln, und auch diese wichtige Lebenshandlung des Abgeordnetenhauses vollzog sich ohne Sturm und ohne aufregenden Zwischenfall. Der Verlauf des kritischen Tages im Abgeordnetenhaus hat wieder gezeigt, daß zwischen Erklärungen und Handlungen scharf zu unterscheiden ist. Die Erklärungen sind radikal bis zum äußersten, scharffe Verneinungen aller Möglichkeiten, Blöcke auf dem Wege zu einer nüchternen Politik. Sie würden das Abgeordnetenhaus in ein Kampflager verwandeln, in eine Brutstätte von Zwist, wenn die Parteien nicht selbst fühlen, daß ein für mehr als drei Jahre zurückgestelltes Parlament nach der Wiederaufnahme seiner Arbeit geschont werden müsse, um nicht zu zerfallen. Kritisch war der Tag, weil große Massen von Rindstoss angehäuft waren. Der Verlauf war jedoch ruhig, weil die Flammenwerfer den Dienst verlagten und der nüchterne Geschäftsgang einer ersten Sitzung ohne Erschütterungen blieb. Wir staunen über die Erklärungen. Der Ausweis über die Staatsschulden ist vor einigen Tagen veröffentlicht worden und angesichts der Biffen muß jeder fragen, ob die Parteien jetzt noch Sinn für anderes haben können als für die Opfer, die das Volk tragen muß und die es noch wird bringen müssen.